

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 41 (1966)
Heft: 7

Vereinsnachrichten: Aus den Sektionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahrestagung der Sektion Innerschweiz

Samstag nachmittag, den 14. Mai, trafen sich im Volkshaus Luzern unter dem Vorsitz von Josef Fries (ABL) die Delegierten der innerschweizerischen Sektionen des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen zur ordentlichen Jahresversammlung. Der aufschlußreiche präsidiale Tätigkeitsbericht wies darauf hin, daß die Wohnbautätigkeit in der Agglomeration Luzern rückläufig war. Wurden 1964 noch 1619 neu erstellte Wohnungen gemeldet, so waren es 1965 noch 1482, also 137 weniger. Dementsprechend ist auch der Leerwohnungsbestand in einzelnen Gemeinden auf einen bedenklichen Tiefstand gesunken, so betrug er beispielsweise in der Stadt Luzern 0,13 Prozent (1964: 1,21 Prozent), in Kriens 0,41 Prozent (1,49 Prozent), in Littau 0,06 Prozent (2,76 Prozent) und in Ebikon 0,13 Prozent (7,25 Prozent).

Trotz den Finanzierungsschwierigkeiten bemühten sich einzelne Genossenschaften um die Schaffung neuen Wohnraums im sozialen Wohnungsbau. So konnte die Allgemeine Baugenossenschaft Kriens 28 Wohnungen erstellen, und die ABL, die Eisenbahnerbaugenossenschaft Luzern und die Wohnbaugenossenschaft Heimat, Zug, haben größere Bauvorhaben in Vorbereitung, die nun nach dem Vorliegen der Vollziehungsverordnung zur neuen eidgenössischen Wohnbauhilfsaktion recht bald ihrer Verwirklichung entgegengehen.

Da die Endfinanzierung neugegründeten Genossenschaften nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten bereitet, die schon mit dem Landerwerb beginnen, begrüßte man allgemein die Errichtung eines freiwilligen Beitrages aller Mieter, der zur Aufnung eines Fonds zur Erleichterung des genossenschaftlichen Wohnungsbauwesens verwendet werden soll. Mit dieser erfreulichen Initiative will man sich vermehrt auf die Selbsthilfe besinnen, die ja der Idee des Genossenschaftswesens zugrunde lag. Es wird gut sein, wenn der Schweizerische Verband für Wohnungswesen einen eigenen Weg findet, um dem sozialen Wohnungsbau Auftrieb zu geben, bevor staatliche Abgaben dekretiert werden, wie dies bereits an einer Sitzung der eidgenössischen Wohnbaukonferenz diskutiert wurde.

Für die im Berichtsjahre verstorbenen Genossenschafter Werner Fries (EBL), Hans Nußbaumer (ABL), Josef Weibel (EBL) und Josef Weiß (ABL) fand der Vorsitzende ehrende Worte des Gedenkens.

Neben den grundsätzlichen Fragen wurden die statutarischen Routinegeschäfte in kurzer Zeit erledigt. Der Vorstand mit Josef Fries, Präsident (ABL), W. Rüegg, Aktuar (ABL), R. Waßmer (Heimat, Zug) und R. Keckeis (Erstfeld) wurde für eine dreijährige Amtszeit bestätigt, und für den wegen Arbeitsüberlastung ausscheidenden Kassier O. Schmidt (ABK) wurde Karl Mattli (EBL) gewählt. Mit dem ermunternden Appell zu weiterem Einsatz für den sozialen Wohnungsbau schloß Präsident J. Fries die anregende 15. Delegiertenversammlung. -m-

Der Bund der Basler Wohngenossenschaften

87 Delegierte aus 48 Genossenschaften fanden sich zur diesjährigen Delegiertenversammlung zusammen. Präsident Werner Pfister begrüßte Regierungspräsident Franz Hauser, welcher sein Vorgänger im Präsidium des Bundes gewesen ist, Regierungsrat Dr. Lejeune, Liestal, beide Mitglieder des Vorstandes, sowie Regierungsrat Dr. E. Wyß, Vorsteher des Departementes des Innern, den die Wohnprobleme ganz besonders beschäftigen. Besonders Willkomm entbot er auch dem Zentralsekretär Karl Zürcher.

Hoch erfreulich waren die Mitteilungen des Präsidenten über ein kräftiges Wiederaufleben der genossenschaftlichen Bau-tätigkeit im Gebiet der Nachbargemeinden durch Basler Wohngenossenschaften; aber auch in Basel selbst sollen Wohnungen zu tragbaren Preisen erstellt werden.

Aus den Mitteilungen ist zu entnehmen, daß bereits im Februar in Münchenstein mit dem Bau von genossenschaftlichen Wohnungen begonnen worden ist; dort bauen die Eisenbahner. Begonnen oder geplant sind Bauten in Allschwil, Binningen, in Birsfelden, auf dem Sternenfeld, an der Reinacherstraße in Basel (Land der Chr. Merianischen Stiftung), auf dem Areal Rankhof-Wittlingerstraße. Gebaut wird auch, wie Jürgen Zimmermann mitteilte, in Ettingen durch die Wohngenossenschaft Stückgarten.

«Das größte Ziel des Vorstandes», so wird im Jahresbericht gesagt, «ist nach wie vor die Wiederankurbelung des genossenschaftlichen Wohnungsbauwesens.»

Dieser beträgt in Basel nicht ganz 1 Prozent der gesamten Wohnungsproduktion, was bei der Stärke des Bundes – 93 Bau- und Wohngenossenschaften mit 8253 Wohnungen im Anlagewert von rund 220 Millionen – eher betrüblich ist; es hängt dies vor allem damit zusammen, daß in Basel praktisch kein Bauteil mehr gefunden werden kann, das den Bau von Genossenschaftswohnungen zu tragbaren Preisen ermöglicht.

Die jüngste eidgenössische Wohnbauaktion hat indessen die nötigen Impulse für die Inangriffnahme neuer Gesamtüberbauungspläne vor allem in den basellandschaftlichen Vorortsgemeinden ausgelöst.

Der Bund der Wohngenossenschaften beteiligt sich auch an der von der Chr. Merianschen Stiftung lancierten Initiative zur Errichtung eines «Bauherren-Pools», der die Rationalisierung und Verbilligung des Wohnungsbauwesens zum Ziele hat, was um so notwendiger ist, als die Welle der Hypothekar- und Baukrediterhöhungen auch vor den Genossenschaften nicht haltgemacht hat.

Unverkennbares Haupttraktandum war das Problem der Zusammenarbeit der Kantone Baselstadt und -land auf dem Gebiete der Siedlungs-politik. Die Diskussion darüber wurde vom Präsidenten der Wohngenossenschaft Birsfelden, Fritz Kipfer, mit dem Hinweis eingeleitet, daß stadtnahe Gemeinden größeres Gewicht auf gute Steuereinnahmen als auf sozialen Wohnungsbau legen!

Regierungsrat Dr. E. Wyß zeigte, daß die Bemühungen für eine Zusammenarbeit bereits zu einigen konkreten Ergebnissen geführt haben, wenn auch die Ernte nicht allzu groß sei. In Birsfelden können etwa 900 Wohnungen erstellt werden; interessant ist auch ein Projekt für eine größere Siedlung in Pratteln; all diese Bemühungen sind nicht zuletzt durch die eidgenössische Aktion zur Förderung des Wohnungsbauwesens ausgelöst worden. Auf die Dauer müßten aber die Bemühungen in einen größeren Rahmen gestellt werden, es müsse regional, im Rahmen der Regio gelöst werden.

Mit Optimismus betrachtete Regierungsrat Dr. Lejeune die begonnene Zusammenarbeit zwischen den beiden Halbkantonen, sie beginne bereits Früchte zu tragen. Es müsse aber daran getrachtet werden, rationeller zu bauen. Dr. Lejeune erwähnte in diesem Zusammenhang das System Le Lignon, das beim Wohnungsbau in Genf mit so großem Erfolg eingesetzt werde. Auch in Birsfelden hätten bei einer konsequenten modernen Bauweise erhebliche Verbilligungen erzielt werden können.

Nach eingehender Diskussion stellte Regierungsrat Dr. E. Wyß fest, daß, wenn zum Beispiel in den Vorortsgemeinden gebaut werde, der Kanton Baselstadt nicht darum herumkomme, wesentliche finanzielle Beiträge zu leisten, und zwar nicht nur an die Erstellung der Wohnbauten. Eines scheine ihm klar, nämlich, daß die Wohnungsfrage so lange nicht gelöst werden könne, als nicht auch die Bodenfrage einer Lösung entgegengeführt werde.

Den Abschluß der Delegiertenversammlung bildete ein Appell von Zentralsekretär Karl Zürcher zur Solidarität. An einigen

Beispielen zeigte er, wie durch praktisches Zusammenstehen im richtigen Momenten einigen Wohngenossenschaften geholfen werden konnte, ihre Ziele zu erreichen.

F. K.

Aus dem Jahresbericht der Sektion Winterthur

Wohnungsbau. Erfreulicherweise ist der Anteil der Baugenossenschaften am Wohnungsbau im Berichtsjahr 1965 wieder etwas gestiegen. In Winterthur wurden durch drei Baugenossenschaften an der Hegistrasse im freien Wohnungsbau 27 Wohnungen erstellt. Die monatlichen Mietzinse betragen: 3½-Zimmer-Wohnung 286 Franken, 4½-Zimmer-Wohnung 346 Franken.

Im Frühjahr 1965 wurde mit der Überbauung Grüzefeld begonnen (Vorfabrikation Element AG, Veltheim). Drei Genossenschaften erstellen 317 Wohnungen. Der erste Block wurde im Januar bis Juni 1966 bezogen, der zweite wird im Juli bis Oktober 1966 bezugsbereit. Block 3 und 4 können 1967 bezogen werden. 25 Prozent entfallen auf den sozialen, 50 Prozent auf den allgemeinen und 25 Prozent auf den freien Wohnungsbau.

In Wülflingen erstellt die HGW 1966/67 22 Wohnungen. 14 Wohnungen können voraussichtlich noch 1966 bezogen werden.

Die unserem Verband angeschlossene Gesellschaft für Erstellung billiger Wohnhäuser hat auch 1965 viel gebaut. Ende dieses Jahres waren 170 Wohnungen im Bau.

In Effretikon wurden zwölf Wohnungen erstellt. Ein größeres Projekt ist in Vorbereitung.

Erschließung von Bauland. Die Erschließung von Bauland geht auch in Winterthur sehr langsam vor sich. Als Folge sehen wir die Preise für baureifes Land immer höher steigen. Die von uns Genossenschaften angestrebte Konferenz mit den Behörden endigte schließlich in einer Aussprache zwischen Stadt- und Gemeinderäten. Angeblich ist der Wille zur Erschließung von Bauland bei allen «Direktionen» (Bau-, Finanz- und Güteramt) vorhanden. Es braucht jetzt nur noch einen Mann, der für alle Beteiligten das Startzeichen gibt.

Die Erschließung von städtischem Boden ist sehr wichtig. Auf privatem Boden kann kaum sozialer und allgemeiner Wohnungsbau betrieben werden. Alle fürchten mehr oder weniger die großen Einschränkungen, die nun einmal sozialer und allgemeiner Wohnungsbau zur Folge haben. Zurzeit ist eine Eingabe um Abgabe von städtischem Land an bauwillige Genossenschaften hängig.

Bauordnung und Zonenplan. Für die Prüfung der Vorlage bestellte der Gemeinderat eine Spezialkommission, welche die Vorlage eingehend prüfte. Unser Verband hat sich mit der Bauordnung ebenfalls befaßt und in einer Eingabe auf verschiedene Probleme hingewiesen. Die neue Bauordnung stellt mehr oder weniger ein Verständigungswerk dar. Jeder Genossenschafter kann heute der Bauordnung zustimmen. Die Ausnützungsziffern wurden angemessen erhöht, verschiedene Schutzbestimmungen wurden verschärft. Die vorgesehenen Grenz- und Gebäudeabstände ermöglichen in allen Wohnzonen ein rechtes Wohnen.

Versammlungstätigkeit. Nebst der ordentlichen Generalversammlung, an welcher Stadtbaurat Keller über «Wohnbaufragen» referierte, fanden drei Mitgliederversammlungen statt. Am 24. Februar 1965 wurde die Wohnbauvorlage der Stadt Winterthur und der Bundesbeschuß über die Bekämpfung der Teuerung diskutiert. Gleichzeitig wurden die Mitglieder auch über den Verlauf der Vorstandekonferenz des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, welche in Luzern stattfand, orientiert. Am 15. Oktober sprach Prof. Hch. Kunz über «Vorfabrikation im Wohnungsbau, Ziel, Möglichkeiten und Grenzen», und am 15. November orientierte Herr Krebs, Bauamtssekretär, über die neue Bauordnung der Stadt Winterthur.

Mitgliederbestand. Unserer Sektion gehören 22 Baugenossenschaften, 2 Kollektivmitglieder und 9 Einzelmitglieder an. Pro 1965 ergibt sich eine Zunahme von 61 Wohnungen.

Bevorschussung von Bauland durch die Stadt Winterthur. Verschiedene Baugenossenschaften haben sich bemüht, eine Baulandreserve zu schaffen. Die vorhandenen Mittel reichen natürlich nicht aus, um ein regelmäßiges Bauen auf eigenem Boden zu ermöglichen. In den letzten Jahren wurden etwa 3 Millionen Franken investiert. Die obere Grenze dürfte damit erreicht sein, da ja auch noch Geld zum Bauen benötigt wird.

Leider ist die Stadt zurzeit nicht in der Lage, bauwilligen Genossenschaften regelmäßig Land abzugeben. In den letzten Jahren hat sich zudem der Erwerb von Land durch die Stadt mehr oder weniger auf die Außengebiete beschränkt. Land, welches in drei bis acht Jahren überbaut werden kann, wurde keines erworben, was nach unserer Auffassung ein Fehler ist. Wenn die Stadt diese Aufgabe nicht mehr übernehmen kann oder will, müssen neue Wege gesucht werden. Ein frühzeitiger Kauf von Land hat sich auf weite Sicht immer noch als der beste und billigste Weg erwiesen. Baureifes Land ist nach wie vor eine Mangelware und muß deshalb auch in den meisten Fällen zu teuer bezahlt werden. Wir werden dieses Problem mit den Behörden besprechen müssen. Nutznieder wäre ja nicht ein kleiner privater Kreis, sondern die wirtschaftlich schwächeren Kreise beziehungsweise die Öffentlichkeit. Auch die Industrie- und Gewerbekreise profitieren indirekt vom genossenschaftlichen Wohnungsbau.

Delegiertenversammlung der Sektion Bern

Die Sektion Bern des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen führte am 16. April 1965 in Langenthal ihre Delegiertenversammlung durch, wozu 91 Delegierte erschienen. Sektionspräsident Kurt Iseli konnte bei diesem Anlaß auch einige Gäste begrüßen, unter anderem als Vertreter der Stadt Langenthal Gemeinderat Räber, Nationalrat und Regierungstatthalter Schaffer, Grossrat Zingg, Bern, den Bieler Stadtratspräsidenten Reber sowie Zentralsekretär K. Zürcher.

Jahresbericht, Jahresrechnung, Revisorenbericht und Voranschlag 1966 wurden einstimmig genehmigt. Besonders verdankt wurde die vorbildliche 36jährige Tätigkeit von Kassier J. Glauser, Biel. Der Vorsitzende gedachte im weitern in ehrenden Worten des 1965 verstorbenen früheren Präsidenten K. Ägerter, Thun. Die Sektion weist einen Mitgliederbestand von 67 Wohnbaugenossenschaften auf mit total 7883 Wohnungen. Dazu kommen 4 Organisationen, 5 Gemeinden und 11 Einzelmitglieder.

Am 18. Mai empfing die Sektion Bern eine Delegation der Baugenossenschaften Köln-Westfalen (rund 45000 Wohnungen) sowie führende Mitglieder der westdeutschen Bauvereinsbank. Diese Gäste besichtigten einige Wohnsiedlungen in der Schweiz, so auch im Raum Bern, und äußerten sich sehr beeindruckt über die Wohnbaugestaltung in der Schweiz.

Grossrat Zingg orientierte über die «REBEWO» = Regionale bernische Wohnbaugesellschaft, welche bezweckt, alle Wohnbauvorhaben zu unterstützen und zu fördern durch Beratung und Mithilfe in bezug auf Erwerb von Bauland, Finanzierung, Planung, Koordination und weitere Maßnahmen zur Begünstigung eines zweckmäßigen Wohnungsbau zu erträglichen Mietzinsen. Träger der REBEWO sind Gewerkschaften und Genossenschaften sowie öffentliche Korporationen. Auch Handel und Industrie haben ihr Interesse bekundet. Bis heute ist durch Aktien und Obligationen ein Betriebskapital von 2,5 Millionen Franken aufgebracht worden. Die Aussprache ergab die grundsätzliche Zustimmung zur Aktion der REBEWO mit dem ausdrücklichen Wunsch auf vermehrte Zusammenarbeit mit dem Verband für Wohnungswesen.

Den Gruß der Verbandsleitung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen überbrachte Sekretär K. Zürcher. In seinen Ausführungen ging er auf die verschiedenen, den genossenschaftlichen Wohnungsbau hemmenden Probleme ein.

Auch die neue Wohnbauaktion des Bundes wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Kantone und Gemeinden, aber auch die Baugenossenschaften ernsthaft auf die Lösung der verschiedenen Probleme des gemeinnützigen Wohnungsbauens drängen. Im besonderen erwartet der Sekretär auch von den Mitgliedsgenossenschaften der Sektion Bern die notwendige Unterstützung der beiden Finanzierungsaktionen des Verbandes, und zwar sowohl der Aktion zur Erleichterung der Endfinanzierung wie auch der Schaffung eines Solidaritätsfonds zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbauens. Bei den Ausführungen des Sekretärs folgenden Diskussion stimmte die Versammlung einem Antrag von Hilty, Biel, zu, welcher wünschte, daß dieser Beitrag von 5 Franken während fünf Jahren zu erheben sei.

Die Wahlen in den Vorstand ergaben Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber mit K. Iseli als Vorsitzendem. Anstelle von drei Zurückgetretenen, deren Mitarbeit bestens verdankt wurde, sind einstimmig gewählt worden die Herren Frei, Hellstern und Lauener, alle aus Thun.

Gemeinderat Räber dankte für die Einladung, würdigte die Tätigkeit der Baugenossenschaften, im besondern diejenigen Langenthal. Die Gemeindebehörden werden den sozialen Wohnungsbau nach Möglichkeit unterstützen, obwohl die Gemeinde keine eigenen Landreserven besitze.

Nationalrat Schaffer ermutigte die Baugenossenschaften, die Erstellung von Wohnungen mit erträglichen Mietzinsen trotz allen Widerwärtigkeiten zu fördern, im Sinne des Ausgleichs zum spekulativen Wohnungsbau. Nachdem als Tagungsort für 1967 Münsingen bestimmt wurde, konnte der Vorsitzende die Tagung schließen. Man hatte den Eindruck, daß der Verband für Wohnungswesen vom Geist und Willen beseelt ist, das möglichste zu tun, um seiner Aufgabe gerecht zu werden, der wohnungssuchenden Bevölkerung mit bescheidenen Einkommen wirksam zu helfen.

E. S.

Bildungskurs der Sektion Bern

Die Sektion hatte auf den 1. Juni zu einem Bildungskurs nach Bern-Bümpliz eingeladen zur Besichtigung der Baustellen und fertigen Wohnungen im «Schwabgut» im Raum der Schwab-/Normannen-/Kelenstraße und angrenzenden Gebiete. Es handelt sich um eine Großtafelbauweise mit vorfabrizierten Bau- und Einbauelementen, ein Rezept zur zeit- und kostensparenden Bauweise. Zur Orientierung wurde jedem Teilnehmer ein Bebauungsplan abgegeben, und die Führung durch Baufachleute hat wesentlich beigetragen zur Erkenntnis, daß dort wirklich zweckmäßige Wohnungen mit erträglichen Mietzinsen entstehen. Bereits sollen 44 Wohnungen nach nur sechs Monaten Bauzeit im Juli bezugsbereit sein. Nach weiteren Bauetappen werden schließlich rund 1400 Wohnungen entstehen, welche je zwei bis fünf Zimmer enthalten; auch für eine Alterssiedlung wird gesorgt. Dazu kommen 560 unterirdische Autoeinstellplätze, Kinderspielplätze, eine Schulanlage und ein Einkaufszentrum mit Restaurant.

Anschließend an die Besichtigung hieß Präsident Kurt Iseli, Biel, im Restaurant «Dreikönige» die rund 70 Kursteilnehmer willkommen zu einem Vortrag von Herrn Balmer, Bern, über die finanziellen Belange dieses großzügigen gemeinschaftlichen Bauvorhabens. Das Bauland hierzu wurde von der Berggemeinde Bern (sie hat noch Land!) im Baurecht zum Jahreszins von 2 bis 4 Franken pro Quadratmeter abgegeben. Die Finanzierung wird, nebst den Banken, von den Bauherren (Baugenossenschaften, Pensionskassen, Fürsorgestiftungen) gesichert. Dazu kommen die noch zu erwartenden Beihilfen der Bundesaktion für den sozialen Wohnungsbau. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der obgenannte Bildungskurs, dem erfreulicherweise auch Zentralsekretär Zürcher beiwohnte, für alle Teilnehmer wertvollen Anschauungsunterricht bedeutete.

E. S.



**Die ideale Lösung mit
normierten**



Knickarmstoren

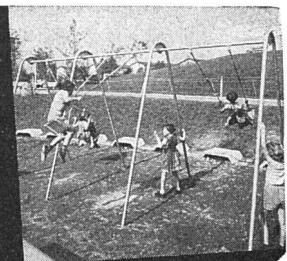
(System Frego)

Offerten, Beratung und Montage durch

ERBA AG 8703 ERLENBACH

051 / 90 42 42

Kinder lieben



Altra-Geräte

Klettertürme
Hängeschaukeln
Rutschbahnen
Balkenschaukeln



Allmendstrasse 7 Zürich 2/59 Tel. 051/25 79 80